



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu Drucksache 15/3346

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, von dem in § 5 Abs. 2 des Regionalisierungsstaatsvertrages formulierten Antragsrecht Gebrauch zu machen und die Neuverhandlung des Staatsvertrages zu verlangen, falls ein Land aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen die eingegangenen Verpflichtungen zur Regionalisierung **aller Einnahmen** gewerblicher Spielevermittler nicht erfüllen kann. Dieses gilt insbesondere im Falle eines für die Staatliche Lotterieverwaltung des Freistaates Bayern negativen Ausgangs des laufenden Gerichtsverfahrens bezüglich der dortigen Postwettannahmestelle.

Renate Gröpel
und Fraktion

Monika Heinold
und Fraktion